

weiter blau

Mit dem Wetter ist es ja so eine Sache. Es entwickelt sich nicht immer so, wie vorher geschrieben wurde. Die Wettervorhersage in der gestrigen taz war zwar korrekt, die mitgelieferte Information aber leider nicht. Zwar stimmt es, dass Frauke Petry am Dienstag vor dem Oberlandesgericht München gegen ihre Ex-Partei, die AfD, verlor. Doch dabei ging es nur um die Marke und nicht um den Namen „Die Blaue Partei“. Anders als berichtet darf Petrys Partei weiter so heißen. Das Wetter in Sachsen: eher grau als blau.



U-Ausschuss kommt doch

Verteidigungsausschuss trifft von der Leyens Berateraffäre

Ein Untersuchungsausschuss wird nun doch den millionenschweren Einsatz externer Berater im Verteidigungsministerium überprüfen. Der Verteidigungsausschuss beschloss am Mittwoch mit den Stimmen der Opposition, Vorwürfe von unkorrekter Auftragsvergabe bis zu Vetternwirtschaft parlamentarisch aufzuklären. Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD enthielten sich, nachdem sie in früheren Verhandlungen verlangt hatten, der Untersuchungsausschuss müsse hinreichend bestimmt sein und damit enger gefasst, als von FDP, Grünen und Linken beabsichtigt.

Der Einsatz von Beratern hat unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen dreistelligen Millionenbetrag gekostet. Formal setzte sich der Verteidigungsausschuss selbst als Untersuchungsausschuss ein. Für die praktische Arbeit soll sich am 14. Februar ein Untersuchungsausschuss konstituieren.

Grüne, Linke und FDP fordern mit ihrer gemeinsamen Initiative Aufklärung darüber, wer bei der Vergabe von Beraterverträgen Kontrolle ausgeübt hat, welcher Schaden für die Steuerzahler entstanden ist und wie Regelverstöße in Zukunft verhindert werden können. Zudem geht es um sogenannte Kennverhältnisse, also den Verdacht der Vetternwirtschaft, aber auch die grundsätzliche Klärung der Wirtschaftlichkeit.

Der CDU-Verteidigungspolitiker Henning Otte sagte konstruktive Arbeit zu. „Es ist gut, dass wir nun die Missstände bei der Vergabe von externen Beratungsleistungen untersuchen“, sagte er. „Es steht gleichwohl außer Frage, dass die Bundeswehr bei Beschaffungen momentan auch externe Beratung braucht.“ (lpa)

Siehe Wehrmachtsoldaten beobachten sowjetische Zivilistinnen, die für die Deutschen eine Vormarschstraße bauen müssen
Foto: akg images

Die vergessenen Opfer

Der NS-Krieg im Osten kostete Millionen das Leben. Die Linkspartei fordert nun ein zentrales Mahnmahl in Berlin – doch SPD und Grünen blocken ab



Von Pascal Beucker und Stefan Reinecke

Es ist einer der ersten Tagesordnungspunkte nach der Holocaust-Gedenkstunde: Am Donnerstagmittag berät der Bundestag auf Antrag der Linksfraktion über einen Gedenkort für die NS-Kriegsopfer in Osteuropa.

„Seit vielen Jahren wird darüber diskutiert, dass den Millionen Opfern des NS-Vernichtungskrieges in Ost- und Mitteleuropa endlich an einem zentralen Ort in Berlin gedacht werden soll“, begründet Jan Korte, parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, die Initiative. Passiert sei jedoch bisher nichts. Offenbar scheuten viele die Auseinandersetzung mit der NS-Lebensraumideologie und dem Vernichtungskrieg. „Damit muss endlich Schluss sein“, so Korte.

Konkret fordert die Linksfraktion in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, in Berlin einen „zentralen Erinnerungsort“ zu schaffen, an dem in angemessener Weise an das Leid der Opfer des NS-Vernichtungskrieges in Ost- und Mitteleuropa erinnert werden solle. Die inhaltliche und wissenschaftliche Begleitung des Erinnerungsortes soll nach den Vorstellungen der Linksfraktion einer fach-

lich qualifizierten Institution wie der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ oder dem „Dokumentationszentrum Topografie des Terrors“ übertragen werden.

Bei den Grünen stößt der Linke-Antrag auf große Skepsis. „Die Erinnerung an die von Deutschen begangenen Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Osteuropa sowie an den sowjetischen Kriegsgefangenen hat nicht den Platz im öffentlichen Bewusstsein, den sie haben sollte“, räumt der kulturpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Erhard Grundl, zwar ein. „Ein gemeinsames Denkmal hätte ich dennoch für den falschen Weg.“

Die Opfer der NS-Verbrechen in Osteuropa in einem Denkmal zu vereinen, schaffe „symbolisch eine Opfergemeinschaft, die es so nicht gibt und gibt“, so der Grüne. „Gemeinsamkeit zu postulieren, wo sie nicht existiert, fördert die Aufarbeitung nicht“, so Grundl der taz. Wichtig wäre dagegen eine Dokumentations- und Forschungsstätte für die Opfer der „NS-Lebensraumpolitik“.

Bedenken hat auch die FDP. „Die Gräueltaten aufarbeiten und der Opfer zu gedenken ist wichtig“, sagt FDP-Vizefraktionsvorsitzende Katja Suding. „Der An-

trag der Linken greift jedoch zu kurz, ein einzelner Gedenkort kann nicht die gesamte Bevölkerung erreichen.“ Gebrauch werde vielmehr „eine Gedenkkultur, die Zeitzeugen einbezieht und möglichst viele Menschen auch in der Fläche erreicht.“ Gleichwohl zeigt sich Suding aufgeschlossen: „Wir stehen für konstruktive Beratungen im Ausschuss gerne bereit.“

Und die SPD? Immerhin hatte sie eine Passage mit vergleichbarer Intention in ihren Koali-

„Das Rumgeeierte der SPD-Fraktion versteht kein Mensch“

Jan Korte, Linkspartei

tionsvertrag mit der Union hineinverhandelt: „Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir anerkennen und ihre Geschichte aufarbeiten“, heißt es dort. „Wir stärken in der Hauptstadt das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten im Dialog mit den osteuropäischen Nachbarn.“

Praktische Konsequenzen hatte das bislang nicht – und dabei bleibt es vorerst wohl auch.

Carsten Schneider, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, erklärte am Mittwoch, dass die Sozialdemokraten dem Antrag der Linksfraktion nicht zustimmen werden. Eigentlich sei die SPD zwar durchaus für ein Mahnmahl für die Opfer des NS-Vernichtungskrieges im Osten. Man sei aber noch in der internen Abstimmung, „um die Frage des Wo und Wie zu klären“. Der Meinungsbildungsprozess der Fraktion sei noch nicht abgeschlossen.

„Wir sind grundsätzlich dafür, dieses Projekt bis 2021 auf den Weg zu bringen“, sagte Schneider. „Wir brauchen ein gutes Modell, ohne schuldhaftes Verzögern, aber auch ohne Zeitdruck.“ Eine konkrete Zeitplanung existiert über diese eher vage Absichtserklärung hinaus nicht. Die SPD-Fraktion ist also irgendwie dafür, aber ganz konkret dagegen.

„Dieses Rumgeeierte versteht kein Mensch“, kommentiert Linkspartei-Mann Korte. „Wenn die Sozialdemokraten dem Anliegen unseres Antrags prinzipiell zustimmen, warum schaffen sie es dann jetzt noch nicht einmal, zu erklären, dass man sich dafür einsetzen wird, einen entsprechenden zeitnahen Beschluss fraktionsübergreifend herbeizuführen?“



Johanna Roth, Teilnehmerin taz Panter Workshop 2013, heute taz-Meinungsredakteurin Foto: Jonas März

Auf Ihre Spende sind wir angewiesen!

- ➔ Die taz Akademie fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland.
- ➔ Der taz Panter Preis würdigt Mut und Engagement von HeldInnen und gibt Ihnen eine Öffentlichkeit.

taz Panter Stiftung
GLS-Bank Bochum | BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00
www.taz.de/spenden

taz panterstiftung www.taz.de/stiftung
stiftung@taz.de
Tel. (030) 25 90 22 13

Neue Drohung an Anwältin

Schon wieder hat die NSU-Opfer-Anwältin Seda Başay-Yıldız ein Drohschreiben erhalten. Die Hinweise darauf, dass es aus Polizeikreisen stammt, verdichten sich. Die Opposition fordert Transparenz

Von Christoph Schmidt-Lunau, Frankfurt am Main

Die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız ist erneut in einem anonymen Schreiben mit dem Tod bedroht und rassistisch beleidigt worden. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung führen die Spuren einmal mehr in die hessische Polizei.

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft bestätigte gegenüber der taz am Mittwoch lediglich, dass ein neuer Drohbrief „Mitte Januar“ bei der Anwältin eingegangen sei. Fax mit Morddrohungen gegen sie selbst, ihre zweijährige Tochter und ihren Vater hatte die Anwältin bereits im August und Dezember erhalten.

Seda Başay-Yıldız war Ziel rechtsextremistischer Beschimpfungen geworden, nachdem sie im Münchner NSU-Prozess eine Opferfamilie und im vergangenen Jahr den mutmaß-

lichen Islamisten Sami A. als Rechtsbeistand vertreten hatte. Unterschrieben waren die Faxe an sie mit „NSU2.o.“

Die Briefschreiber ließen jetzt in ihrem dritten Schreiben „Insiderwissen“ aus der Polizei erkennen, schreibt die SZ unter Berufung auf Quellen im Hessischen Landeskriminalamt. Das LKA mochte dazu nicht Stellung nehmen und verwies auf die Staatsanwaltschaft; die sagte ebenfalls nichts zum Inhalt und erklärte lapidar: „Bislang konnte die Identität des Absenders der Faxe nicht ermittelt werden.“

Schon im vergangenen Jahr hatte der Fall die hessische Polizei in Erklärungsnot gebracht. Der oder die anonymen Briefschreiber verfügten nämlich über Informationen zum persönlichen Umfeld der Anwältin, die nicht öffentlich zugänglich sind. Die Spuren führten die ErmittlerInnen zu einem Polizeicomputer. Eine Beamtin der

Frankfurter Polizei hatte personenbezogene Daten der Anwältin aus dem Informationssystem der Polizei abgerufen, ohne dass es dafür dienstliche Gründe gegeben hätte. Zudem stießen die Fahnder bei Durchsuchungen von Büros und Handys auf einen Chat-Ring in der Frankfurter Polizei, in dem Hitlerbilder, Hakenkreuze und rassistische Parolen ausgetauscht worden waren.

Sieben BeamtInnen sind suspendiert. Gegen sie wird ermittelt. Noch gebe es aber keinen Beweis für einen Zusammenhang zwischen den Drohschreiben und dem mutmaßlichen rechtsextremen Chat-Ring in der Polizei, hatte Mitte Januar Innenminister Peter Beuth (CDU) im Landtag versichert.

Mit dem neuen Fax verdichten sich die Hinweise darauf, dass eine PolizeibeamtIn AbsenderIn der Drohschreiben ist. Laut SZ wird in dem Fax das

Landeskriminalamt nicht, wie allgemein üblich, als „LKA“, sondern als „HLKA“ geführt. „H“ für Hessisches. Diese Abkürzung entspreche dem „Behördenjargon“. Außerdem sei das Schreiben mit dem Namen eines Polizeibeamten unterzeichnet, der nach Einschätzung der Ermittler zwar wohl nicht der Urheber sei, dessen Nennung aber Insiderwissen zeige. LKA, Staatsanwaltschaft und die Betroffene selbst mochten gegenüber der taz diese Bewertungen nicht kommentieren.

„Ungeheuerlich“ nannte es die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, dass sie als zuständige Abgeordnete des Hessischen Landtags auch von dem dritten Schreiben erst aus der Zeitung erfahren habe. Sie erwarte von Innenminister Beuth, dass er die Obleute der Fraktionen umgehend und vollständig informiere, sagte Faeser der taz.